

HAUPTSTADT

# Nasse Geschäfte

Ein ostdeutscher CDU-Politiker spielt mit den Berliner Wasserwerken Globalisierung – und erwirtschaftet dabei Verluste in dreistelliger Millionenhöhe.

**B**ertram Wieczorek ist ein Mann für viele Fälle. Als die DDR noch real existierte, leitete der ehrgeizige Mediziner ein Rehabilitationszentrum im Vogtland und war als Funktionär bei den CDU-Blockflöten eine Stütze des Systems. In der letzten DDR-Regierung reüssierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Minister für Abrüstung und Verteidigung.

Nach der Vereinigung zierte er das Bundesumweltministerium als Parlamentarischer Staatssekretär. Im Februar 1994 dann avancierte der gelernte Koch zum Vorstandsvorsitzenden der Berliner Wasserbetriebe (BWB). Das ist, bei einem Jahresgehalt von über 300 000 Mark, schön für Bertram Wieczorek, 46, aber weniger schön für die Wasserwerke der Hauptstadt – und gar nicht schön für die Kunden des Monopolunternehmens.

Nachdem die BWB 1994 von einem Eigenbetrieb des Landes in eine Anstalt öf-

fentlichen Rechts umgewandelt war, begann der Vorstand ein großes Rad zu drehen und munter Firmen im In- und Ausland aufzukaufen. Die Versuche, auf dem Weltmarkt Wellen zu schlagen, haben den BWB bislang allerdings Verluste in dreistelliger Millionenhöhe eingebracht.

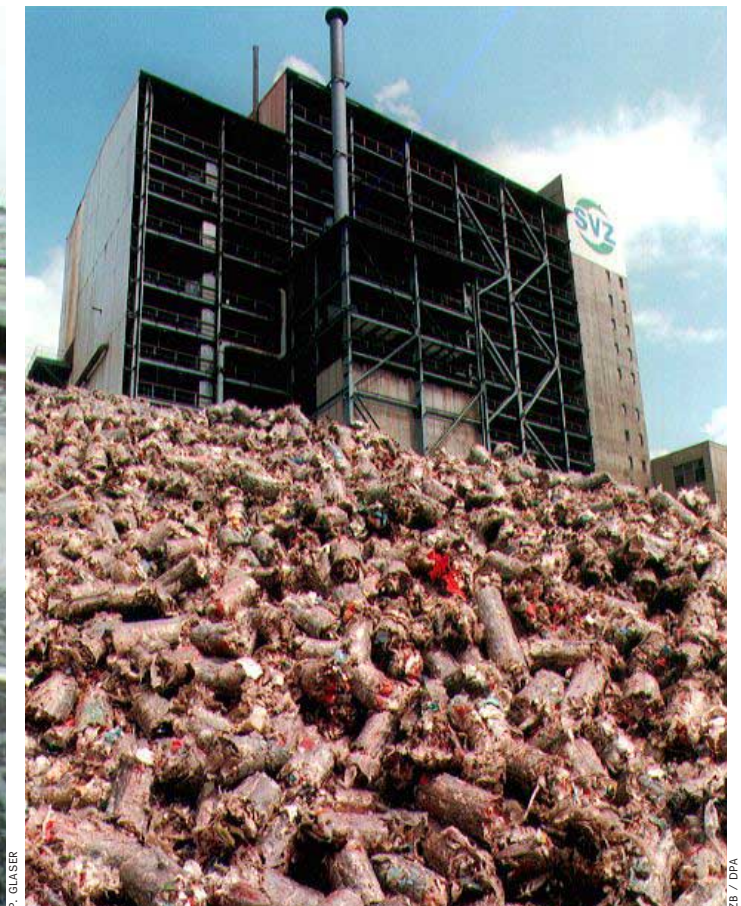
Gleichzeitig wurde Wasser in Berlin im Schnitt so teuer wie in keinem anderen deutschen Bundesland. In den achtziger Jahren gehörten die West-Berliner Wasser- und Abwasserpreise zu den niedrigsten der Bundesrepublik. Doch mit dem Hinweis, daß Milliarden für die Sanierung des maroden Ost-Berliner Wasserversystems aufgewendet werden müssen, wurden seit der Wiedervereinigung in West-Berlin Preiserhöhungen um über 100 Prozent begründet. Im Ostteil der Stadt haben sich die Gebühren sogar verzwanzigfacht.

Während in München für einen Kubikmeter Wasser und Abwasser derzeit 5,28

Mark fällig werden, sind es in der Hauptstadt 8,30 Mark. Und die Berliner sollen noch mehr zahlen: Nach vertraulichen Unterlagen des BWB-Aufsichtsrats ist für Beginn der Jahrtausendwende – kurz nach den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus – eine weitere Preiserhöhung um 14 Prozent geplant: Pro Kubikmeter Trink- und Abwasser wollen die Monopolisten dann 9,50 Mark kassieren.

So lassen sich Verluste neuer Tochtergesellschaften notfalls auffangen. Schon mit einem der ersten Einkäufe, dem Sekundärrohstoff-Verwertungszentrum „Schwarze Pumpe“ in der Nähe von Cottbus, werden von 1995 bis zum Ende dieses Jahres mindestens 155 Millionen Mark Verlust eingefahren. Bei Investitionen von bisher 372 Millionen Mark folgen sollen, sagen vertrauliche BWB-Prognosen einen nennenswerten Gewinn für „Schwarze Pumpe“ erst für das Jahr 2001 voraus.

Auch da ist Vorsicht angebracht, denn realistische Prognosen scheinen nicht gerade die Stärke der BWB zu sein. In diesem Jahr erwarben die Wasserwerker den Essener Anlagenbauer SHW Hölter Wassertechnik GmbH. Die SHW-Gruppe, die unter anderem Kläranlagen in den neuen Bundesländern und Osteuropa baut und betreibt, erlitt 1995 erhebliche Umsatz- und Gewinneinbrüche. Dennoch zahlten die Berliner rund 146 Millionen Mark. Der



Wasserwerke-Chef Wieczorek, Recycling-Tochter „Schwarze Pumpe“: „Gemischtwarenladen, den sonst niemand haben will“

BWB-Vorstand folgte einfach einer großzügigen Schätzung des Verkaufsvertreters von der Barings Bank. Er ging bei den Verhandlungen von einem 97er Jahresüberschuß vor Steuern von 12,6 Millionen Mark aus, obgleich dieser 1996 nur 2,9 Millionen betragen hatte.

Das ebenfalls interessierte englische Unternehmen Severn Trent, weiß ein Berliner Insider, fand Barings Zahlen hingegen so dubios, daß die Briten ihr Angebot, das sich nur auf die Hälfte der BWB-Offerte belaufen hatte, nie schriftlich einreichten. Auch die expansionslustigen Berliner bemühten haus-eigenen Sachverstand. „Unsere Spezialisten“, so ein interner Bericht, hätten „intensiv am Sitz des Unternehmens geprüft“.

Wohl nicht intensiv genug: In den ersten neun Monaten des Jahres warf

die teure Neuerwerbung gerade mal einen Vor-Steuer-Gewinn von rund 2,3 Millionen Mark ab – selbst ein stinknormales Sparbuch bringt eine bessere Rendite.

Um die SHW-Gruppe hatte sich Bertram Wiczorek bereits als Staatssekretär im Umweltministerium gesorgt. Im Juli 1993 bedrängte er brieflich den sächsischen Umweltminister Arnold Vaatz, er möge dafür sorgen, daß die Firma Krüger-Hölter beim Bau eines Kanals zum Zuge komme.

Für die SHW-Gruppe ist seit Jahren Dittmar Staffelt tätig, damals Berliner SPD-Landesvorsitzender. Bald nach dem Brief an Vaatz brachte Staffelt den CDU-Mann Wiczorek für den BWB-Vorstand erfolgreich ins Gespräch. So wäscht im Filz der Großen Koalition eine Hand die andere.

Inzwischen wird allerdings auch aus der CDU-SPD-Koalition Kritik laut. „Es macht keinen Sinn“, urteilt der SPD-Finanzexperte Klaus Wowereit, „sich einen Gemischtwarenladen aus Firmen zusammenzukaufen, die sonst niemand haben will.“

Wiczorek ficht das nicht an, der Vorstandschef sieht alle Töchter auf einem „erfolgsversprechenden Weg“.

In diesem Jahr erhielten die BWB bereits gemeinsam mit der französischen Compagnie Générale des Eaux für 86 Millionen US-Dollar den Zuschlag für ein Paket von 25 Prozent plus einer Aktie an den Budapester Entwässerungswerken – ein Preis, der die Erwartungen der Stadtverwaltung in Budapest „weit übertroffen habe“ („Die Welt“). Zusammen mit dem belgischen Stromkonzern Tractebel sind die Wasserbetriebe zudem beim Poker um den Berliner Gasversorger Gasag eingestiegen.

Im nächsten Jahr wollen die BWB bei der Privatisierung der Prager Wasserver-



**Aufseher Pieroth**

P. GLASER

sorgung mitbieten. Mit dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen zusammen eröffneten die BWB im Oktober eine Dependance in Prag. Wieczorek hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2000 sogar 35 Prozent des BWB-Umsatzes jenseits der Stadtgrenzen zu realisieren.

Der gierige Blick in die Ferne trübt allerdings den Sinn für die Realitäten vor Ort. In einer vertraulichen Studie von Bosard Consultants wird unter anderem moniert, daß eine neue Kläranlage am Rande Berlins überteuert gebaut worden ist. In der Regel, heißt es in der Expertise, liege die Investition für eine Kläranlage bei 350 bis 500 Mark, „in Waßmannsdorf hingegen wurden je Einwohnerwert ca. 1100 Mark investiert“.

Wieczorek hält die Studie zwar für unseriös, räumt aber Kosten von 720 Mark ein. Die Anlage wurde überdimensioniert und luxuriös geplant und gebaut. Statt beispielsweise Abwasserleitungen zu vergraben, wurden sie zum Teil in befahrbaren Tunneln verlegt.

Abgesegnet wurden solche Pläne von einem Aufsichtsrat, in dem Christdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre das Sagen haben. Den Vorsitz führt der amts-müde Wirtschaftssenator Elmar Pieroth (CDU), der als Finanzsenator die Hauptstadt in die Schuldenfalle führte und sich heute in den zehn Aufsichtsräten, in denen er sitzt, gern vertreten läßt. „Hochgradige Inkompetenz“ und „blinde Unterstützung“ attestiert Hartwig Berger, umweltpolitischer Sprecher der Bündnis-Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, dem Aufsichtsgremium.

Für die geplante Privatisierung der BWB sind die nassen Geschäfte eine böse Hypothek. Während die am Rande des Bankrotts lavierende Hauptstadt unbedingt verkaufen muß, können Interessenten vor dem Hintergrund der riskanten Expansion des Monopolisten den Preis gehörig drücken. Vor der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sind sämtliche unternehmerischen Risiken aufzudecken.

Unabhängig davon müssen sich die Wasserwerker demnächst auch vor dem Berliner Kammergericht in die Karten gucken lassen. Ende November entschied das Landgericht über die Klagen zweier Hausbesitzer gegen Preiserhöhungen. Die Wasserwerke wurden dazu verurteilt, die Gebühren in voller Höhe zurückzuerstatten, und müssen jetzt in der Berufungsinstanz ihre Kalkulation offenlegen.

Daß sie sich davor offenbar fürchten, zeigt der Fall Wolfgang Ortlepp. Als die BWB im Herbst 1996 ihre Preise zum elftenmal in zehn Jahren erhöhten, weigerte sich der Eigentümer zweier Miets-häuser, die neue Preiserhöhung zu bezahlen, da sie nicht begründet sei. Bisläng haben die Wasserwerke gar nicht versucht, ihre Forderungen bei dem rebellischen Hausbesitzer einzutreiben. ◆